

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

14.4.1919 (No. 104)



Wann...  
in Karlsruhe frei im  
Haus...  
1.60 M., monatlich  
1.60 M., an den  
Anschaffungskosten  
abgezogen monatlich  
1.50 M.  
Ansprüche durch  
die Post...  
1.62 M., Ein-  
selnummer 10 M.

Berlin, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Hilferstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Einzelnummern  
die Ausgabe...  
25 Pf., Rest...  
an...  
auf diese...  
80% Feuerungs...  
nach Tarif...  
Anschaffungskosten...  
bis 12 Uhr mittags...  
feinere...  
bis 4 Uhr nachmittags...  
Verkaufsstellen:  
Karlstraße Nr. 203,  
Berlin Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 u. 204.

Geschäftsführer: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Göttinger; für Baden, Lokales und Volksrecht: Heinrich Gerhardt; für Neuigkeiten: Carl Gellener; für Anzeigen: Paul Kuhnmann  
Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seitz, Friedenau, Breitenstraße 65/66. Telefon-Nr. 1024. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigesetzt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 14. April 1919

Nr. 104.

## Ausdehnung der Krise in der Reichsregierung.

H. Ans Weimar wird uns gedruckt:  
Die demokratische Fraktion, die lange schwierige Verhandlungen gehabt hatte, dürfte Demburg als Nachfolger Schillers vorschlagen. Man hält ihn technisch für den geeigneten Mann, wenn auch manches andere gegen ihn spricht. Die Meinung, daß Koch-Gessell in die Regierung eintritt, läuft auf unerbittliche Gespräche zurück. Die Lage des Ministeriums ist kaum gebessert. Zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten mehren sich die Unstimmigkeiten. Jetzt bildet die Rücksicht auf die äußere Lage zwar noch die Klammer, aber die steigende Aufregung im Reich zwingt vielleicht doch zu einer Klärung. Die Ernennung des sächsischen Kriegsministers hat auf die Regierung und auf Parlamentarier stärksten Eindruck gemacht. Besonders ernst gilt die schnelle Entlassung der Truppen durch Volkswirtschaften. Eine Aussprache in der Nationalversammlung über die Ausdehnung der Krise ist nicht ausgeschlossen; vielleicht erfolgt sie schon in den nächsten Tagen. Scheidemann selbst ist unruhig und gereizt.

## Ein bedeutender Schritt für die Wiedereinführung des freien Handels.

(Eigener Drahtbericht.)  
5. Berlin, 14. April. Am letzten Freitag ist häufig festgestellt worden, daß unsere Genossen für die Wiedereinführung des freien Handels den Weg über die Verhandlungen zwischen den Organisationen des Handels und dem ausschließlich offiziellen Verkehr mit den Regierungsvereinigungen vorsehen. Es hat jetzt die Handelskammer in Mailand das Erklären an die italienische Regierung erwidert, die baldige Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland an erwidern. Daraufhin ist auch in Berlin ein Austausch namhafter Vertreter des Handels und der Industrie an die deutsche Regierung heranzutreten mit dem Wunsch, es möge auch deutsch-seitig die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Deutschland an erwidern. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die Handelsbeziehungen mit Italien zu verbessern. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die Handelsbeziehungen mit Italien zu verbessern. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die Handelsbeziehungen mit Italien zu verbessern.

## Der Entwurf des Völkerbundes.

Paris, 14. April. Nach einer Neuermessung ist der Entwurf des Völkerbundes hier veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerbund als ein internationales Zusammenarbeiten zu fördern und den Frieden zu sichern.  
1. Der Völkerbund wird umfassen: a) alle kriegführenden Staaten, die in einem dem Entwurf beizugebenden Schriftstück anerkennen; b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls anerkennen; c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Aufnahme von zwei Dritteln der anerkennenden Staaten des Völkerbundes beschlossen wird. Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaates, von denen der Gliedstaat jedoch nur eine Stimme hat, und einen Rat, der zunächst aus je einem Vertreter der fünf Großmächte und je einem der vier anderen Mächte besteht wird. Die Entscheidung über Streitigkeiten müssen einstimmig sein, außer in gewissen Fällen, die durch Stimmenmehrheit entschieden werden.  
2. Die Gliedstaaten können überein: a) ihre Streitigkeiten zu vermitteln; b) sich über ihre gegenwärtigen militärischen Rüstungen und ihre Marine- und Seereserveprogramme verständigen; c) gegenseitig ihr Gebiet und ihre politische Unabhängigkeit zu respektieren und gegen einen fremden Eingriff zu sichern; d) alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Kommission durch den Rat zu unterbreiten, in einem Falle aber auch durch den Rat, bevor drei Monate nach dem Urteilspruch verfloßen sind; e) einen Staat, der den vorstehenden Vertrag gebrochen hat, zu bestrafen, als habe er eine kriegerische Handlung gegen den Völkerbund begangen und alle wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit ihm abzubrechen; f) keinen bindenden Vertrag in Erwägung zu ziehen, bevor er dem Völkerbunde mitgeteilt wurde, welcher dann zur Veröffentlichung dieses Textes wird. Ein Staat, der seine Verpflichtungen bricht, darf von dem Rate aus dem Völkerbunde ausgeschlossen werden.  
3. Die ehemaligen deutschen Kolonien und das Gebiet des osmanischen Reiches werden im Interesse der Zivilisation durch dazu ausgewählte Staaten in der Eigenmacht als Mandatäre des Völkerbundes verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird. Der Völkerbund wird anerkannt als zentrale Körperlichkeit, die sich zur Aufgabe hat, im allgemeinen jede Art internationaler Streitigkeiten zu ordnen und zu unterbinden.

## Graf Brockdorff und die Friedensverhandlungen.

Berlin, 14. April. Der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau traf am Samstagabend aus Weimar in Berlin ein, um persönlich die Leitung der Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen zu übernehmen.

## Deutschland und der angelegte Sonderfrieden Amerikas.

Das Verzicht von Missbilligkeiten zwischen Wilson und den anderen Entente-Führern ist nicht neu. Es ist auch in Deutschland bekannt, daß die von der französischen Presse ständig betonte Einigkeit zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau sehr mangelhaft vorhanden ist. Vor der ersten Abreise Wilsons nach Amerika war es sogar, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, so offen und sehr heftigen Gegenständen insbesondere zwischen Wilson und Clemenceau gekommen, die nur durch das kluge Dazwischentreten Lloyd Georges überbrückt wurden. Wilson, der anfangs bei seiner Landung in Europa nicht den richtigen Überblick über die ihm ganz neuen Verhältnisse gewann, sah bald, daß der von ihm als allein möglich bezeichnete Frieden „ohne Sieger und ohne Entschädigungen“ nur auf dem Papier stand, während Clemenceau und Lloyd George eifrig dabei waren, Deutschland unter eine jahrhundertelange Sklaverei zu bringen. Es scheint das Verdienst des Obersten Houze zu sein, dem Präsidenten Amerikas die Augen geöffnet zu haben.

Bezeichnend ist fernerhin, daß vor wenigen Tagen der amerikanische Diplomat Morgenthau, der frühere Botschafter in Konstantinopel und ergebene Freund Wilsons, plötzlich nach Frankreich berufen wurde, um an den Unterhandlungen teilzunehmen. Diese bisher in der deutschen Presse noch nicht erwähnte Tatsache zeigt, daß Wilson nicht geneigt ist, sich von Clemenceau vergewaltigen zu lassen. Morgenthau ist ein Mann von großem Scharfsinn und unbegrenzter Energie, der die Pläne und Absichten seines Freundes Wilson nicht sanft durchsehen wird. In Morgenthau haben die rücksichtslos englischen und französischen Diplomaten einen ebenbürtigen Gegner bekommen, während Wilson selbst nach seinem ruhigen und die Zurückgezogenheit liebenden Naturell weniger ein gefährlicher Gegner war.  
Wilson will sicherlich seine 14 Punkte mit aller Gewißheit verwirklicht sehen. Wenn jetzt auf diesem Gebiete, das in den bisherigen Verhandlungen völlig verlassen war, ganz neue scharfe Lagen angeklungen werden, so dürfte das das Wert Morgenthaus sein. Wieweil allerdings ein Abbruch der Verhandlungen durch Wilson geplant oder nur angebrocht ist, läßt sich von hier aus ebensoviele erkennen, wie die Frage eines angelegten Sonderfriedens Amerikas mit Deutschland im Falle der Ablehnung der 14 Punkte Wilsons durch Clemenceau und Lloyd George, die sich beide bei Beginn des Waffenstillstandes darauf verpflichtet hatten. Es ist anzunehmen, daß weder England noch Frankreich die Dinge auf die Spitze treiben werden, und daß auch Wilson einen friedlichen Ausweg suchen wird.

Für Deutschland wäre mit einem Sonderfrieden wenig gewonnen. Deutschland muß auf den 14 Punkten bestehen, die allein das Weiterbestehen des Reiches ermöglichen. Alle anderen Wege führen zum Verderben ganz Europas.

## Die Anschlussfrage Deutsch-Oesterreichs.

I. Berlin, 13. April.  
Heber die Lage in Ungarn sind an dieser unterrichteter Stelle Nachrichten eingetroffen, wonach sich die Situation gegenüber der jetzigen Regierung zu konjunktieren scheint. Die Verantwortung hat sich auf die Seite der Regierung gestellt. Die Mission des Generals Smuts scheint nicht den erwarteten Erfolg gehabt zu haben. Genauer über das Ergebnis ist nicht bekannt, doch sind die Verhandlungen jedenfalls für Ungarn nicht sehr günstig ausgefallen.  
In Deutsch-Oesterreich ist die Gefahr einer Ausrückung gebannt, da die dortige Bevölkerung seitens der Entente Lebensmittel erhält und die Ernährungsfrage alle anderen politischen Fragen dort in den Hintergrund rückt. Dabei darf bemerkt werden, daß die Stellungnahme der deutsch-österreichischen Regierung in der Angelegenheit der Anschlussfrage durchaus günstig ist. Der jetzige Leiter des politischen Departements, der frühere Justizminister Klein, war wohl eine Zeitlang in seinen Ansichten über den Anschluss schwankend, hat sich aber jetzt zu einem der stärksten Exponenten der Anschlussfrage entwickelt. Die Wiener Blätter haben in letzter Zeit eine größere Zurückhaltung gezeigt, was man sich wohl im Hinblick auf die Lage in Ungarn und die Vorgänge in Bayern, sowie mit der Beeinflussung durch die Entente erklären kann.

In Rumänien hat sich die Situation zugunsten der jetzigen Regierung entschieden gebessert. Der Bolschewismus, der dort eine Zeitlang die Oberhand zu gewinnen drohte, ist zurückgedrängt und die Regierung scheint Herrin der Lage zu sein.

Wien, 13. April. (Wiener Korrespondenz.) Der englische Militärbevollmächtigte Cunningham teilte gestern dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Balfour, mit, er sei von der englischen Regierung ermächtigt, offiziell und ausdrücklich zu erklären, daß im Falle von Aufhebungen in Deutsch-Oesterreich die Einfuhr von Waren, einschließlich Lebensmitteln und Rohstoffen, sofort eingestellt werde.

## Die militärische Lage im Osten.

I. Berlin, 12. April.  
Vom 5. April ab hat sich eine Zusammenziehung starker bolschewistischer Kräfte in der Linie von Schloß Mittau aus gezeigt. In vierstägigem Kampf, der die Wiedereinnahme von Mittau zur Folge hatte, sind die Bolschewisten mit verstärkter Artillerie und Panzerwagen angesetzt. Die Kämpfe sind schwer und die Verluste der Bolschewisten stellenweise sehr erheblich. Sowohl Mittau wie die Straßen nach Riga sind stark mit Truppen besetzt, so daß man weitere starke Verstärkungen der Bolschewisten erwarten darf. Die Jahreszeit bringt die Gefahr mit sich, daß auch die Rote Flotte, die in letzter Zeit wieder armiert worden ist, in die Kämpfe eintritt. An der litauischen

Front haben die Truppen eine Offensive gegen Wilna unternommen und sind etwa 20-30 Kilometer vorwärts gekommen. Deutsche Truppen waren an diesen Kämpfen nicht beteiligt.  
Die sonstige militärische Lage in Rußland ist für die Bolschewisten günstig. Sie stehen unmittelbar vor Odessa, das sie bereits beschließen. Die französische Besatzung von Odessa hat einen schweren Stand, besonders, da in einzelnen Vorstädten Aufstände ausgebrochen sind.  
In Besarabien sind unter den ukrainischen Truppen örtliche Aufstände ausgebrochen, die eine teilweise Zurückverlegung der Linie zur Folge hatten. Zu betonen ist dabei immer wieder, daß die Polen

den Ukrainern in den Rücken fallen und sie so am Vorgehen gegen die Bolschewisten hindern. Die Polen stehen jetzt östlich von Kemberg, nach dem sie mit 2 bis 3 Regimentern in Kemberg eingedrungen waren und sich gegen die Ukrainer gehalten haben. Diese Erfolge waren ihnen durch Verstärkung ihrer Truppen von Polen her möglich. Zu diesen Verstärkungen wurden aber auch die polnischen Truppen, die in der Nähe von Bendzin standen und zum Einmarsch nach Oberösterreich bereit waren, falls dort der Spartakismus die Oberhand gewonnen hätte, zum Teil mit herangezogen, so daß die Gefahr für Oberösterreich im Augenblick geringer geworden ist.

## Die Volksabstimmung in Baden.

Die badische Verfassung wurde bei der letzten Volksabstimmung mit rund 355 000 Stimmen gegen 20 000 Stimmen angenommen. Die Frage, ob die badische Nationalversammlung als ordentlicher Landtag bestehen bleiben soll bis zum 15. Oktober 1921, wurde mit rund 355 000 Stimmen beantwortet: etwa 21 000 Stimmen waren dagegen.  
Es stehen noch aus die Ergebnisse aus den Bezirken Kehl und Konstanz. Die Wahlberechtigung betrug etwa 30 bis 35 Prozent.

Das badische Volk hat also gestern zum ersten Male von seinem neuen Recht der Volksabstimmung Gebrauch gemacht und den freien Volksstaat Baden im freien Deutschen Reich geschaffen. Baden wählte als erster Staat im Reich seine Nationalversammlung, die ihm wiederum als ersten eine Verfassung gab. Baden zeigt sich als ein politisch reifes Land.

Am 21. März, am Tage des Frühlingsanfangs, hatte die badische verfassunggebende Versammlung die ihr gestellte Hauptaufgabe vollendet. Nach schwierigen, langwierigen Beratungen im Verfassungsausschuss kam an diesem Tage die Verfassung durch einstimmigen Beschluß der Volksvertretung zustande. Dieses bedeutungsvolle Ereignis ist als freudigster Grundbesatz anzusehen; fast jeder einzelne Paragraph trägt den Geist politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in sich. Gewaltige Rechte legt die neue Verfassung dem badischen Volk in die Hände; den Rechten entsprechen die Pflichten, die nicht minder verantwortungsvoll sind als die Rechte, umfangreich und schwerwiegend. Aus den ehemaligen Obrigkeitsstaat hat sie einen freien Volksstaat gemacht.

Die neue Verfassung ist ein Kompromiß, das entstanden ist durch die Zusammenarbeit der drei größten Parteien des Landes: Zentrum, Sozialdemokratische Partei und Demokratische Partei. Sie trägt daher nicht den Wunschen und Ideen einer einzelnen Partei Rechnung, sondern es finden darin die Forderungen der drei Parteien Berücksichtigung. Die Demokratische Partei hat wiederholt das Betreten des goldenen Mittelweges angeregt und dabei Erfolg gehabt, denn der Mittelweg ist bekanntlich der beste.

Am gestrigen Sonntag, den 13. April, hatte nun das badische Volk in seiner Gesamtheit Gelegenheit, kund zu geben, ob es die von der verfassunggebenden Versammlung dargebotene Verfassung auch anerkennen will. Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Verfassungsausschuss angeregt, das Volk zur Meinungsäußerung hierüber aufzufordern. Und nicht nur über die Verfassung selbst, sondern auch darüber stimmte das badische Volk ab — gleichfalls infolge einer sozialdemokratischen Anregung —, ob die am 5. Januar gewählte badische Nationalversammlung als ordentlicher Landtag weiterarbeiten soll bis zum 15. Oktober 1921. Die beiden Fragen hat das badische Volk mit rund 95 000 Stimmen bejaht, denen gegenüber die 20 000 auf „Nein“ lautenden Stimmzettel kaum ins Gewicht fallen.

Die Zeit vom 25. März, dem Tage der 2. Lesung des Verfassungsgebotes, bis zum 13. April, dem Tage der Volksabstimmung, war kurz, sehr kurz. Sie dürfte kaum überall ausgereicht haben, um die Vorarbeiten zu erledigen. Allein man darf jetzt nicht vergessen, daß die neue, endgültige Regierung erst am 2. April von der Volksvertretung gewählt worden ist, daß sie, die eben auch nur aus Menschen besteht, sich erst in ihr Amt einarbeiten muß, wie andere Menschen sich auch erst in einen neuen Wirkungskreis einleben müssen. Wir denken aber, wer sich über den Inhalt des Verfassungsentwurfes unterrichten wollte, der hatte seit 23. Januar, dem Tage des Beginns der Ausschlußberatungen, reichlich Gelegenheit. Die führende badische Parteipresse berichtet über die Sitzungen des Verfassungsausschusses in ausführlicher, fast gleichmäßig über die Verhandlungen im Plenum. Nach seiner endgültigen Fertigstellung wurde der Text der Verfassung allen öffentlichen Versammlungsbüchern — das sind so ziemlich alle Zeitungen des Landes — beigegeben, außerdem wurde er durch öffentlichen Anschlag in ortsbühlicher Weise bekannt gegeben. Ferner hatte die Regierung angeordnet, daß am Tage vor der Abstimmung in allen Gemeinden Versam-

lungen abgehalten werden müssen, in der die Verfassung erläutert werden soll. Wie wir aus den Zeitungen des Landes ersahen, haben die Parteien die einzelnen Gemeinden durch Veranstaltung solcher Versammlungen unterstützt. Die Presse brachte in der letzten Woche täglich freiwillige Hinweise auf die Abstimmung; die Parteien forderten in Aufrufen auf, vom Rechte der Abstimmung weitestgehenden Gebrauch zu machen. Trotz der Kürze der Zeit konnte sich also jeder, der wollte, über die Bedeutung der Abstimmung unterrichten.

Selbstverständlich war, daß die Fraktionen der drei Parteien, die die Verfassung geschaffen hatten, an ihre Parteiangehörigen die Aufforderung richteten, die beiden Fragen mit „Ja“ zu beantworten. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden und die demokratische Fraktion der badischen Nationalversammlung ergriffen ihre Wähler, die von der gegenwärtigen Volksvertretung einstimmig angenommene Verfassung zu sanktionieren und gleichzeitig dafür zu stimmen, daß die Nationalversammlung in den ordentlichen Landtag übergeht, der dann bis zum 15. Oktober 1921 bestehen bleibt, um die Verfassung, die auf Grund der neuen Verfassung zu erlassen sind, zu erledigen. Wie schon bei anderen Gelegenheiten, wurde auch hier, darauf hingewiesen, daß gegenwärtig Neuwahlen aus vielerlei Gründen nicht empfehlenswert sind, außerdem Gemeinde- und Kreisämtern bevorstehen. Diese Ansicht vertreten sämtliche Parteien und brachten sie auch im Verfassungsausschuss und im Plenum wiederholt zum Ausdruck. Zentrum und Sozialdemokratie forderten alle ihre Anhänger in Stadt und Land gleichfalls auf, die beiden Fragen zu bejahen, obgleich die Verfassung manchen Paragraphen enthält, der der einen oder anderen Partei nicht gefällt. Die Zentrumsfraktion sprach die Erwartung aus, daß Frauen und Männer vollständig sich im Wahllokal einfinden: sie wurde darin unterstützt durch den badischen Landesausschuss des katholischen Frauenbundes. Von den Gelehrten, die der Landtag recht bald durchberaten muß, seien genannt: das neue Wahlgesetz, das neue Schulgesetz, die endgültige Reform der Gemeinde- und Städteordnung, das Sozialversicherungsrecht über die Aufbarmachung der Rheinmutterkräuter. Die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei empfahl ihren Wählern, beide Fragen mit „Ja“ zu beantworten. Allerdings enthält der Aufruf noch den Grundsatze, wer sich aus irgend einem Grunde dazu nicht entschließen könne, der möge sich der Abstimmung enthalten, nicht aber mit „Nein“ abstimmen, da er auf diese Weise nur die Bestrebungen der radikalen Elemente, im Lande unhaltbare Zustände hervorzurufen, unterstütze und so die schwersten Gefahren für sich und seine Volksgenossen heraufbeschwöre. Der Heidelberger Verein dieser Partei gab für sich die Parole aus, die Frage, ob die Nationalversammlung als Landtag weiterbestehen soll, zu verneinen, weil die Abgeordneten der Nationalversammlung ausdrücklich nur zur Schaffung einer neuen Verfassung gewählt worden seien. Diese Ansicht ist übrigens in Heidelberg und in Mannheim auch in anderen Parteilagern zu finden. Die beiden bisher bestehenden Ortsvereine der Deutschen (liberalen) Volkspartei in Mannheim und Heidelberg wählten nicht recht, was sie eigentlich tun sollten. Während die Mannheimer Vereinsleitung ihre Mitglieder anforderte, beide Fragen bejahend zu beantworten, gab die Heidelberger keine bestimmte Parole aus, sondern glaubte, es „ber gewissenhaften Erwägung der Wähler anheimstellen zu müssen, wie sie stimmen sollen“. Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei forderte seine Leute auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen, aber mit „Nein“ zu stimmen.

In der Hauptsache dürften also auf diese Partei und ihre, noch weiter links stehenden Freunde die 20 000 auf „Nein“ lautenden Stimmzettel entfallen. Daß sie in ihren Bestrebungen, Unordnung hervorzurufen, ausgerechnet aus dem Lager der Deutschen (liberalen) Volkspartei, die sich als besonders „Rechts haltend“ vorant, Unterstützung erhielt, wollen wir besonders vermerken.

## Wahlergebnisse.

An Einzelangaben sind zu verzeichnen: Es wurden Stimmen abgegeben in:  
Karlsruhe: 22 365 für „Ja“ und 2479 gegen die Verfassung. 22 418 für und 2963 gegen den Landtag. Stimmberechtigt: 87 200, abgabene Stimmen 25 662.



Mannheim: 29 108 für und 4375 gegen die Verfassung, 29 070 für und 4952 gegen den Landtag.  
 Freiburg: 27 082 für und 918 gegen die Verfassung, 26 872 für und 986 gegen den Landtag.  
 Pforzheim: 10 182 für und 430 gegen die Verfassung, 10 134 für und 432 gegen den Landtag. Es fehlen zwei Städte und ein Landbezirk.  
 Heidelberg: 16 521 für und 1197 gegen die Verfassung, 15 497 für und 2168 gegen den Landtag.  
 Offenburg: 11 083 für und 579 gegen die Verfassung, 11 060 für und 586 gegen den Landtag.  
 Baden-Baden: 6535 für und 145 gegen die Verfassung, 6553 für und 119 gegen den Landtag.

**Die Münchner Räterepublik gestürzt.**

München, 14. April. In München ist die Räterepublik gestürzt. Am Samstag wurde die Abstimmung gegen die Räte. Stadtkommandant Reumler aus M. b. O. b.

Stuttgart, 14. April. Die Stadtkommandantur von Reumler teilt uns telegraphisch mit, daß der Arbeitererrat in Mannheim die Räterepublik anerkannt hat.

Weimar, 14. April. Nach einer Meldung des 1. bayr. A. K. aus München ist die Räterepublik durch die Garnison gestürzt worden. Eine Wiederherstellung kommt nicht mehr in Frage, Einzelheiten fehlen.

Die bayr. Regierung hat folgende Proklamation erlassen:

An das bayr. Volk!  
 Die Münchner Garnison hat die Gewalt Herrschaft in München ausgeübt. Das Ausrufen der landesfremden Eingliederung ist zusammengesetzt, München und ganz Bayern armee erleichtert auf. Die Gewalt der demokratischen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Kraft durchgesetzt und ist nun auch in München wieder hergestellt.

Als Vertreter der Regierung ist mit weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Pilsch nach München entsandt. Seiner Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Zivil- und Militärvollmacht in München. Alle bisherigen Anordnungen der Räterepublik sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern hält treu zu der Regierung Hoffmann.

Vereinigt alle eure Kräfte, um die Wiederkehr der irdischen niedergeworfenen Gewalt Herrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederaufbau des zerrütteten bayerischen Staates zu ermöglichen! Nur Ordnung und Arbeit führen zum Ziele.

Die Regierung des Freistaates Bayern, Der Ministerpräsident: Hoffmann.

**Die Vorgänge in München.**

München, 14. April. Noch in der dem Sturz der Räterepublik vorangehenden Nacht hatte eine Kommunikonferenz die Entscheidung aller Wohnungen zum Beschluß erhoben. Leuten und Genossen hatten noch am Samstag abend die Verbrüderung mit Rußland und Ungarn sowie den Krieg mit Preußen in großen Versammlungen verurteilt.

Der Sturz der bayerischen Räterepublik vollzog sich in solcher Ruhe, daß die Münchner Bevölkerung erst in der Frühe um 6 Uhr durch Plakate des Garnisonrates Kenntnis von dem Umsturz erhielt. Deren Sitz im Staatsgefängnis Stadelheim. Nach einer anderen Meldung soll er unter Teilnahme von zwei Millionen Mark Staatsgeldern nach der Schweiz geflohen sein.

Eine revolutionäre Verhaftungskommission nahm noch in derselben Nacht, in der der Sturz der Räterepublik erfolgte, bürgerliche Geiseln fest, darunter die Großkapitane Horn und Wendelschön, sowie den Chefredakteur Dr. Müller von den „Münchner Neuesten Nachrichten“, den General Varini und zwei Bahnhofsarbeiter. Die Kommission etablierte sich in der Polizeidirektion, wo sie mit Bereitwilligkeit aufgenommen und dann verhaftet wurde.

**Die Münchner Garnison für die Regierung Hoffmann.**

München, 13. April. Eine Meldung des 3. A. K. aus München besagt: Garnison München hat sich gegen den Zentralrat erhoben. Garnison erzieht Militärdisziplin und tritt für Ministerium Hoffmann ein. Aktion zur Arrück-

gewinnung der Gaubitzstadt ist einseitig, verläuft einseitig. Minister des Reichens der Räterepublik Dr. Kipp wurde in eine Kretz an alle abgedruckt. Die Spitze der Regierung, unter ihnen Landauer, Wabler und Mühlmann, sind verhaftet worden. Am Samstag sind 16 Verhaftungen erfolgt.

**Die vereinigten A., B. und S.-Räte für die Regierung Hoffmann.**

Bamberg, 14. April. Die Vertreter der Regierung Witzing richtete an die revolutionären Ausschüsse in Schweinfurt, Aichaffenburg und Lohr eine Drohung, in der es heißt: Die vereinigten Arbeiter, Bürger und Soldaten des Standortes Witzburg haben dem Terror einzuschleichen Minderheit ein Ende gemacht. Sämtliche Kasernen- und Soldatenräte des II. A. K. haben sich zur sozialistischen Regierung Hoffmann bekannt. Die Arbeiter, Bauern- und Bürgerräte des Landes schlossen sich an. Die vereinigten Arbeiter, Bürger- und Soldatenräte fordern von den revolutionären Ausschüssen eine sofortige Freilassung aller Geiseln, weiter die sofortige und vollständige Lieferung der Waffen und Munition, ferner die Wiederherstellung aller städtischen und Gemeindefunktionen und endlich auch die Auslieferung der Räteführer. Die vereinigten A., B. und S.-Räte fordern eine Antwort innerhalb 12 Stunden, andernfalls mit Waffen vorgegangen wird.

**Das ganze bayerische Land für die Regierung Hoffmann.**

Bamberg, 14. April. Nach dem Sturz der Räterepublik in Schweinfurt, Lohr und Aichaffenburg haben sich die Führer bedingungslos der Regierung Hoffmann ergeben und nachdem auch Augsburg der Regierung Hoffmann Treue gelobt hat, ist nunmehr das ganze bayerische Land mit Ausnahme von Hof der Regierung Hoffmann wieder gewonnen.

Bamberg, 14. April. Im allen bisher in der Presse und durch Gerüchte über die politischen Zustände erschienenen Mitteilungen zu begegnen, wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß in ganz Nordbayern absolut geregelte politische und wirtschaftliche Zustände herrschen und daß dieser Teil Bayerns geschlossen hinter der Regierung Hoffmann steht. Alle Verbindungen wegen Fahlnusschwierigkeiten sind vollständig unterbrochen. Es ist natürlich notwendig, daß das übrige Reich Bayern in jeder Beziehung durch Kohlenlieferung, Postoffenlieferung und Lebensmittelversorgung wie bisher unterstützen. Die Regierung in Bamberg und die bayr. Armee mit der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse beauftragte Demobilisierungsfeld für Nordbayern werden begünstigt werden und daß vor allem in dem bisherigen Beziehungen zum Reich keinerlei Änderungen eingetreten sind.

**In Augsburg.**

Augsburg, 14. April. Die kommunistischen Stadträte benötigten kurz vor der Übergabe an die Regierung Hoffmann dringend Lebensmittel zur Versorgung der Stadt. Sie wandten sich an die Amerikaner, die aber Barzahlung und höheren Kredit verlangten. Kredit mußten die Kommunisten aber nirgends zu finden und so beriefen sie wohl über über den alten Magistrat in seine Amtsrück. Der sorgte denn auch prompt für Kredit beim Ministerium Hoffmann und veranlaßte bei dieser Gelegenheit gleich die Übergabe der Stadt.

**Die Vorgänge in Dresden.**

**Die Vorgänge am Samstag.**

Dresden, 12. April. Einer amtlichen Mitteilung zufolge versammelte sich am Samstag früh nach Mittag vor dem Ministerium für Heereswesen einige hundert Kriegsbefähigte. Eine Anordnung wurde von Minister Reuring empfangen, der ihre Wünsche anhörte und ihre Erfüllung im allgemeinen zusagte. Im Laufe der Zeit gestellten sich zu den Kriegsbefähigten eine Anzahl zum Teil bewaffneter anderer Soldaten, die den Ein- und Ausgang zum Hochhaus verhinderten. Gegen 2 Uhr nachmittags drangen einige bewaffnete Soldaten in das Innere des Ministeriums ein. Ein junger als Ordnungsmann angestellter Soldat warf in seiner Verwirrung in diesem Augenblick 12 Leuchtpistolen in den Hof, die niemand verletzte. Es ist durch Augenzeugen berichtet, daß es sich um Leuchtpistolen und nicht um scharfe Handgranaten handelte. Auf der Straße vor dem Hochhaus entzündet daraufhin das Gerücht, der Minister habe den Befehl zum Werfen der

Handgranaten gegeben. Dieses Gerücht ist eine absolute Unwahrscheinlichkeit. Der Minister und seine Umgebung wurden vielmehr durch den Knall ebenso überrascht wie alle anderen. Niemand hat dem Soldaten den Befehl zum Werfen der Leuchtpistolen gegeben. Der Soldat hat auf eigenen Entschluß hin unbedacht gehandelt. Auf dieses falsche Gerücht hin ist der Minister Reuring auf bestialische Weise ermordet worden.

**Die Ursache.**

(Eigener Drahtbericht.)  
 Dresden, 14. April. Die Regierung hat eine Kundgebung an die Einwohnerschaft gerichtet, worin u. a. auch die Ursache genannt wird, die zur Zusammenrottung vor dem Kriegsministerium am Samstag geführt hat. Es heißt darin: Anlaß dazu gab die vom Reich angeordnete Herabsetzung der Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften auf den Friedensfuß, die aber zunächst für Sachfen keine Anwendung findet. Die sächsische Regierung wird sich unverzüglich an die Reichsleitung wegen Aufhebung dieser Verfügung wenden. Unter den gewalttätigen Demonstrationen, die unter Führung des Kommunisten Frenkel am Samstag in das Kriegsministerium eindringen, wurde eine Reihe Personen russischer Abstammung festgesetzt. Die gegenwärtige Lage in Sachfen muß schon deshalb als ernst bezeichnet werden, weil am Dienstag der erste Transport polnischer Truppen sächsisches Gebiet, insbesondere Leipzig, berühren wird.

**Der Belagerungszustand.**

Dresden, 14. April. Das Gesamtministerium hat über den ganzen Freistaat Sachfen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausbildung der Militärverhältnisse übertragen worden. Das gesamte Ministerium hat zum Oberbefehlshaber Bruno Reisinger in Dresden bestimmt und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Stadtrecht verkündet.

Anfrage des Belagerungszustandes hat sich am Sonntag die Lage soweit gebessert, daß überall verhältnismäßige Besetzung eingetreten ist, jedoch durchgezogen vormittags noch keine Gruppen von Demonstranten die Stadt und entzweiten einzeln auftretende Polizeigruppen. Die Kommunistenverhaftungen verpuffte völlig. Im Lande haben in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Kundgebungen gegen die Lebensmittelverknüpfung stattgefunden, doch hat sich auch hier die Lage wesentlich gebessert. In Widaun Oelsnitz und in Lugauer Kohlenrevier, wo der Streik im Abflauen begriffen ist, haben sich bei einer Abstimmlung 90 Pro. der Arbeiter gegen die Fortsetzung des Streiks erklärt. Wie weiter mitgeteilt wird, wurden bisher in Dresden vier Personen verhaftet, die in dem Verdachte stehen, an der Ermordung des Kriegsministers Reuring beteiligt gewesen zu sein.

**Truppen für Dresden.**

Berlin, 14. April. Die schändliche Ermordung des sächsischen Kriegsministers Reuring wurde dem Reichswehminister Roske im Laufe des Samstags Nachmittag an Dresden mitgeteilt. Es sind sofort die erforderlichen Anordnungen getroffen worden, um der sächsischen Garnison einen härteren Rückhalt zu geben. Man hat so zahlreiche Truppen nach Dresden in Bewegung gesetzt, daß es bestimmt rasch gelingen wird, die erforderliche Ordnung und Sicherheit in Dresden wieder herzustellen.

**Der erste Transport der Regierungstruppen ist bereits gestern Nachmittag abgegangen.**

Auch eine bewaffnete Motorbootflotille ging die Elbe hinauf nach Dresden ab und traf gestern Abend dort ein.

**Der Kammerpräsident gegen den Terror.**

(Drahtmeldung uneres Dresdener Korrespondenten.)  
 Dresden, 14. April. Der mehrheitssozialistische Kammerpräsident Krähbort erklärte in der Volkshauskammer, die Regierung möge nachdrücklich Ruhe in Sachfen schaffen. Die Volkshauskammer stehe hinter die Regierung, so werde er als Kammerpräsident das sächsische Volk zum Widerstand gegen den Terror aufrufen. Das Volk habe den Terror durch die Minderheit satt. Die Einführung der Räterepublik in Sachfen sei auf das energischste zu bekämpfen.

**Die Entrüstung des Rätekongresses.**

(Eigener Drahtbericht.)  
 Berlin, 14. April. In der Sonntagstagung des Rätekongresses kam es zu einer einmütigen Kundgebung zu den letzten Vorgängen in Dresden, wobei der Kongress einstimmig mit Entrüstung von der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Kenntnis nahm und solche Brutalität auf das entschiedenste verurteilte. In dieser Kundgebung beteiligten sich auch die Unabhängigen.

**Russischer Einfluß in Dresden.**

Dresden, 14. April. Nach dem aus das Ministerium für Heereswesen ausgeführten Rufschreiben drangen drei Leute in Uniform in das Gebäude des O. K. 12 ein. Sie gaben sich als Mitglieder des Roten Soldatenbundes aus. Einer von ihnen beherrschte die deutsche Sprache nur ganz mangelhaft, ein Beweis dafür, daß entschieden das ganze Vorgehen unter dem Einfluß russischer Agenten geschah.

Dresden, 14. April. Der sächsische Ministerpräsident, Dr. Gradnauer, äußerte sich über die Ermordung des Kriegsministers Reuring dahin, daß dieser verurteilt habe, sich der tödlichen Züge des Bolschewismus entgegenzusetzen und eine demokratische Volksherrschaft zu schaffen. Daher habe er sich den Hoffen neuer Elemente zugezogen, die kein Verständnis für die traurige Lage Deutschlands hätten und die versuchten, unieren Volke die letzten Güter zu zerören.

**Der „Vorwärts“.**

Berlin, 14. April. Der „Vorwärts“ schreibt zu den Vorgängen in Dresden: Mit nichts als Duldsamkeit ist es nicht zu erreichen, das Maß von Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen, ohne welches Leben und Wiederaufbau unmöglich sind. Minderheiten, die bis zum Verbrechen fanatisiert sind, muß gezeigt werden, daß der souveräne Volkswille nicht mit sich spielen läßt.

**Die Lage im Reich.**

(Eigener Drahtbericht.)  
 Berlin, 14. April. In Magdeburg herrscht oblige Ruhe. Aus Braunschweig liegen keine zuverlässigen Nachrichten vor, da die Verbindung dort völlig unterbrochen ist. In Essen ist die Lage wesentlich ruhiger geworden.

**Gegen Braunschweig.**

Berlin, 14. April. General Reiter hat von dem Reichswehrminister Roske den Befehl erhalten, zur Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Ruhrgebiet, Eisenbahn- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verbütung von Gewaltthatigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in den allerhöchsten Tagen vor sich gehen.

**Der Streik in der Berliner Metallindustrie.**

Berlin, 14. April. Die Verhandlungen über den Streik in der Metallindustrie seitlich aus aktiver Seite keine positiven Ergebnisse. Sie haben aber eine neue Grundlage geschaffen, auf der nun eine Einigung aufstehen könnte. Jetzt sind auch die Büroangestellten willens, in den Ausstand zu treten.

**Die Abmachungen Liebknechts mit der russischen Sowjetregierung.**

L. Berlin, 12. April.  
 Zur Meldung des „Daily Chronicle“, daß zwischen Liebknecht und der russischen Regierung eine bestimmte Abmachung getroffen worden sind, erfahren wir von informierter Seite, daß diese Lausade schon früher hier bekannt war. Nähere Einzelheiten darüber sind aber nicht zur Kenntnis der hiesigen Leserstellern bekannt.

**Keine Koffeln — keine Lebensmittel.**

(Drahtmeldung aus Dresden Korrespondenten.)  
 Dresden, 14. April. Die sächsische Regierung kaufte für 180 Millionen Mark Lebensmittel im Ausland an, die mit sächsischer Koffel bezahlt werden sollten. Der Arbeiterstreik verhinderte das aber. Die Lebensmittel kommen daher nicht.

**Der Staatsgerichtshof.**

L. Berlin, 12. April.  
 Der geplante Staatsgerichtshof wird keinen internationalen Charakter tragen, da die Entente dies beabsichtigt hat. Das Ergebnis des Staatsgerichtshofs ist lediglich für das deutsche Volk bestimmend. Es soll durch ihn nicht festgestellt werden, wer international die Schuld an dem Kriege trägt, sondern nur, welche deutschen Persönlichkeiten während des Krieges sich gegen das deutsche Volk vergangen haben, und zwar entweder durch falsche Kriegführung, durch gewisse Lebensweise oder dadurch, daß sie den Krieg mit Heberpannung der Wägen und Kriegsziele verlängert oder daß sie den Friedensmöglichkeiten nicht in angemessener Weise nachgegangen sind. Als einzige Strafmöglichkeit der Entente, wie wir erfahren, die dauernde Unfähigkeit des sächsischen Beamten der Verwaltung öffentlichen Amtes oder öffentlicher Be-

**Badisches Landesbühnen.**

**Der Revolutionär.**

Drama in drei Aufzügen von Wilhelm Speyer.

Das Stück ist 1917 geschrieben. Das muß man zur Erklärung billigerweise berücksichtigen. Es handelt sich also zum ersten nicht um betriebliche Ausnutzung der Revolutionärsatmosphäre. Zum zweiten war auch dem Verfasser das wahre Bild der heutigen russischen Revolution nicht bekannt. Was alles aber bei dem ersten Schreie der ein durchgebrochenes Drama des Revolutionärs ist, unverändert ist. Was Wilhelm Speyer gibt, ist ein „romantisches“ Schauspiel, in dem russische Revolutionärsideen und russische Studenten so edel sind, wie die Kämpfer in Altheideberg und die Japanner in Tschiu oder die Grafen in ungeschickten Unterhaltungsromanen. Der Autor hat den russischen Charakter gewiß aus Dostojewski, Gontscharow, Tolstoi, Andrejew durchaus studiert — die Seele eines „Dionosoff“ und die Dämmerzustände eines „Noblen“ kommt in manchem Gedanken ungewisslich zu tieferem Ausdruck —, er kennt die bunte, etwas reichlich oberflächige Welt des an deutschen Hochschulen lehrenden östlichen Auslanders, er hat auch den Gerges, dem Wohlwollen der Gelehrten symbolische Götzung zu verdrängen. Aber, was schließlich daraus geworden, ist leider nur ein geschicktes, gewiß wirksameres Schauspiel, verstanden die Dumas, Sardou und Sudermann mit Erfolg auf die Bühne gebracht haben. Wenn man jedoch statt des Gattungstheils Drama, Schauspiel steht, hat man dem Kritiker, der die technische Gestaltung in einem Drama, das den Untergang eines Revolutionärs doch schließlich aus dem inneren und heiligen Motiven, im Umgang der revolutionären Ideen haben muß, lateinischen den Hauptcharakter genommen. Und dann darf auch eine Interpretation über das heutige Stück, das in der Art einer höheren, dramatisierten Veranschaulichung der Studentenbewegung den Ausblick einer charakteristischen Erscheinung der vorrevolutionären Studentenbewegung abt, ausgeprochen und damit die Annahme des Stückes an unseren Theater gebilligt werden.

Der konnte sie nicht, die sächsischen Herren, die nicht nur in Berlin, Leipzig und Schöndorf, sondern auch in dem Osthell unserer guten Stadt Karlsruhe ihr Wesen trieben. Akademikerinnen und Konfessionisten, aber auch gerade so viele in der Phantastie angelegte Bürgermadeln und „Damen der Gesellschaft“ sitzen als Moten in die halbpolitischen Richter. Da konnte es zwischen neben den homöopathischen Fällen einer Besinnungslosigkeit „eine Gemahlichkeit“ und einer

kurzen Notiz mit „Ausmaß der Öffentlichkeit“ in der Gerichtsung vornehmen, daß zwar ein Schuß aufnahm. Was man aber nicht hat oder las, sondern nur ahnen und fühlen konnte, das war neben diesen äußerlichen Begleiterscheinungen das furchtbare Ringen armer und armerer Existenzen um europäische Bildung in deutschen Hül, was der immer noch, gewisse Gedanke, daß in den russischen Studenten Träger der seit Jahrzehnten unerschütterlich unterbrochenen Revolution waren. Als Vater, es weit gebracht habender deutscher Wäppler drang man nicht tiefer in das Problem ein. An die Umwelt, die die unerschütterlich furchtbare Seite der russischen Revolutionäre allerdings nur beforwollt und eifertvoll freit, führt uns das Stück, das das Landesbühnen am Samstag, mit bezauberndem ganz hervorragendem Erfolg aufgeführt hat.

Lierei, ein dem heimatischen Göttingen entronnenen, in Deutschland studierender, zweiten polareisender und hellunzierender, „interessanter“ Knabe, wird von sämtlichen weiblichen Personen des Schauspiels geliebt. Das sind seine Nebenmännin Adia, ein germanischer Schach, die Geheimratsdokter Rosemeyer und die Zimmerwirtin, eine Deutschein. Neben der Liebe drängen verschiedene Motive einher: bei der Russin die Gemeinschaft zum heiligen Mütterchen Rußland und der Kampf gegen seine Despoten, bei der deutschen blonden Studentin der Wohlwille die Verheerung des sächsischen, idomantenden Revolutionärs in deutsche „Lichtigkeit“ und zur Gewissheit, daß der von der Einführung einer Schuld von 1080 73 Mark, angelegten, die Liebe ohne Gedankenbalken. Die Göttinger scheidet natürlicherweise Siegerin, der einzig idomantende Kerej wird zum ersten Male fest, indem er sich entscheidet.

Man kann, wie in der Einleitung gesagt wurde und wie es auch die Theateranündigung an dieser Stelle ausgesprochen hat, die Geiseln als Typen nehmen und daraus den Kampf zwischen Germanentum und Slaventum ungeschwer herauszufiltern, aber bei ihrer Beurteilung ist dem Akteur der Geschicklichkeit doch zu theatralisch, hellereisend ist bald komisch und verlegt, worin der Verfasser von 1917 allerdings nichts kann, unser nun in eigener Revolution, statt durch etwel Poetie aufgeschicktes Verz...

Was oft der Fall ist: ein handfestes, in großen Linien ausgeprägtes und nicht in letzter Gedankenwerkzeuge gebendes Schauspiel gibt den Künstlern glänzende und dunklere Aufgaben. (Daher auch die Sudermannschen Meister so beliebt sind). „Der Revolutionär“ erlöst in der Regie des Bühnen- und literaturkundigen Felix Baumhach eine rucklos anzuwerfende Wiedergabe. Es lag den ganzen Abend

Atmosphäre über der Studentenbude. Einheitsföheit in Stil und Stimmung; Tempo und Anwesenheit vorzüglich. Der Spielleiter hat sich, was hinsichtlich hier jedem unbenommen ist, allerdings ein beites Quintett zusammengestellt. Bruno Schönfeld, der jährige, hübsche Wädenmörder und Revolutionär in Rollenensweise, überzeugte in seiner „Demut“ und Schwäche und lebenswärtlichen Sprachsicherheit. Er nahm dem Charakter viel von dem Papierenen und schuf Leben und Liebe. Der erste Mathematiker, mit dem man sich befreundet möchte, — lieber nochmals in den Kreis der in der Mathematikfindung des Karlsruher Realgymnasiums — war Ruth Linke. Ihre schlanke, geistreiche norddeutsche Studentin, die sich in die Boheme verirrt, und sogar nach Liebesnot und Champagner eine gewisse Dillingertheorie gerettet hat, war trotz der ganz unmöglichen, Theorie terrorisierenden Rolle geistvoll und animiert. Ganz in ihrem Element als vollendete Künstlerin ging Melante Ermarth in der Gegenüberstellung der russischen Studentin auf. Die schon vom Verfasser am lebenswärtlichen gezeichnete Figur erlöst bei für eine kongruente Wiedergabe. Ihre große, selbst rüchsigste Charakterisierungswahrheit, romantisch, wie der erste Mathematiker sein muß, heidet besonders bei. Sympathisch und lebenswärtlich mit künstlerischer melancolischer Umformung gab Erich Wolf den Studenten Walter. Eine Meisterleistung schließlich hat Gise Noormann mit der Birkin. Es war in der persönlichen Rolle alles zu verlieren und zielbewußt, zeigt den Weg, wie man auch den Jahren den ähnen eigenen Teil Künstlerums bringt und in jedem Rollen- und „Alters“-nach erste Leistungen zu vollbringen vermag.

Karl Jobo.

**Karlsruher Konzerte.**

Der Palmsonntag, der die Freunde der Natur so idomantlich verbindet, brachte zahlreichen Musikfreunden wenigstens reiche Entschädigung. Am Nachmittag hat der Verein für Evangelische Kirchenmusik mit seinem Chor unter Musikdirektor Thiede in der Stadtkirche ein umfangreiches und sehr interessantes Programm, das einseitig geleitete u. ebenso ausgeführte Chöre befristet, darunter besonders einer a capella vom dem leider viel zu wenig bekannten Darmstädter Orgelmeister und Kirchenkomponisten H. Rind (1770—1846) mit seinem merkwürdigen Volksstimm-Gesang interessierte, ferner die Motetten: Dr. Poppen, der Bachs magistrolle G-Moll-Fuge mit einleitender Fantasia und ein Benedictus Negers eindrucklich spielte,

Kammerfänger van Gorkom mit einer wirksam geleiteten Bariton-Trio aus „Die Aufstehung“ von Heine und Liebert von Beethoven („Die Himmel rühmen“), Rogge und Schubert, warm und überaus tonfüllig gefungen, und die Geigerin Emma Kalkor, noch etwas unfrei in Paganini-Kreisläufern bekanntem polnischen Konzerftück, aber sehr leblich mit einem übertragenen Quartettstück Jachbar (siehe ich nicht; aus dem himmelfischen „Verkehrquartett“), einer Elegie von Thiede, und einem Satz aus Negers Suite im alten Stil. Das reichhaltige Konzert schloß ab mit einem Palm von Weingart für gemischten Chor, Soli und Orgel, wobei Meta Reumann (Soli) und Rudolf Brähler (Bariton) dankenswerter die Solis sangen.

Musikdirektor Theodor Manz führte im Eintrachtssaal am Palmsonntagabend mit dem Chor und dem Orchester, die seine Konservatorien darstellte, verstärkt durch Musiker und Musikfreunde Schumanns heitziges Werkchen, „Der Hofe Abgefahrt“ auf. Der Meister schrieb es einst zur Feier der Einweihung des Heims am Rhein, und es atmet sichtlich den ganzen Wohlstand des befreiten Herzens, der er befristet über die edel romantische Temperamente ausschüttete. Unter der aufmerksamsten, fideren Leitung von Manz brachte das gutgeschulte Ensemble die Schönheit erfreulich und zumteil beachtenswerter tauge. Das Ersterden der Tormellen nach der Freude im Mutterglück, da die Hofe von der Erde geht, hatte viel feine Stimmung, wenn auch die Präzision des Orchesters stellenweise etwas nachließ.

Die Solisten sind zumteil hier gut bekannt: Frau Großkopf-Schumacher (Soli) mit ihrem anmutig verlichen Sopran, die Altistin Frieda Goldschmidt, Franz Schwerdt vom Landesgymnasium, Theodorinde Pracht und Elisabeth Reich und Otto Wehbecher geben ihr Bestes. Wehbecher sang außerdem eine Bariton-Lieder mit Orchesterbegleitung (in Mozills Instrumentation), das eine von Mozart (Abendempfindung) und ein Kirchenlied aus dem 15. Jahrhundert, das zumal in dem prächtigen Vortrag des Sängers auffallend Eindruck hinterließ. Frau Großkopf-Schumacher sang auch das Solo in dem abschließenden Chorwerk von Schubert: „Mirjams Siegesgefang“, das gleichfalls wohl instrumentiert hat und worin sich die Chöre des Konservatoriums Manz namentlich auch in den schwierigen figurierten Partien vortrefflich bewährten und rechten Besatz erstelten. Wir danken Manz vor allem für die Wahl der Vortragsummen, besonders des Schumannschen Werkes, das zwar an sich nicht überragend an Bedeutung ist, aber den Schumannfreunden zur Bereicherung immer höchst willkommen sein muß.







